

Mit Zuversicht und Engagement für Frieden und Freiheit

Peter E. Uhde

Die Bundesregierung war auf Schloss Meseberg mit Zukunftsfragen für Deutschland befasst. Gleichzeitig machte sich in Bremen der Vorstand der GSP Gedanken um die Weiterentwicklung der sicherheitspolitischen Informations- und Bildungsarbeit auf Bundesebene und in den Landesbereichen sowie in den Sektionen. Organisiert von Peter Radig, Landesbereich II, hierzu gehören die Bundesländer Niedersachsen und Bremen, im Haus Schütting, Sitz der Handelskammer Bremen. Mit einer Tour d'Horizon durch den Präsidenten Hans-Peter Bartels zur augenblicklichen politischen Situation im europäischen Umfeld, aber auch über den Tellerrand blickend, dabei fielen Stichworte wie USA, China, Indien, Globalisierung, Energie, begann die zweitägige Sitzung (7./8. März). Die ehemals praktizierte „Führung aus der Mitte“ der schwarz-roten Regierung hat nach Auffassung des Präsidenten einen nationaleren Anspruch bekommen. In die aktivere Führungsrolle Deutschlands, die von seinen europäischen und transatlantischen Partnern erwartet wird, muss Deutschland erst hineinwachsen. Der nunmehr im zweiten Jahr stattfindende Krieg Russlands gegen die

Ukraine hat das sicherheitspolitische Interesse der Bevölkerung verändert. Das ist an den Themen festzustellen, die aus der Gesellschaft an die GSP herangetragen werden. Die Sektionen stellen sich darauf ein und versuchen mit kompetenten Referenten die Nachfrage abzudecken. Das geschieht sehr häufig mit den Kooperationspartnern, denen es ähnlich geht. Zwangsläufig führt das zu einem höheren Bedarf an Betriebsmitteln, um deren Erhöhung beim Zuwendungsgeber, dem Presse- und Informationsamt der Bundesregierung, das Präsidium bemüht ist. Einig waren sich die Teilnehmer, dass sie ihre Leuchtturmveranstaltungen, die Tradition haben, in kleinerem Rahmen fortführen wollen. Einer der wichtigsten Punkte der ersten Jahressitzung war daher auch der Haushalt 2023 und was mit den vorhandenen Mitteln an regionalen und überregionalen Veranstaltungen geleistet werden kann. Geschäftsführer Reiner Wehnes und Schatzmeister Richard Rohde präsentierten das Zahlenwerk. Neue Förderrichtlinien des Presse- und Informationsamtes werden voraussichtlich die operative Arbeit der Sektionen einschränken. Das wäre bedauerlich, denn gerade über die Präsenzveranstaltungen gelingt es, vor allem jüngere Mitglieder zu gewinnen. Die in der Zeit der COVID-Pandemie angebotenen digitalen Angebote ersetzen nicht die Dialogmöglichkeiten in den Präsenzveranstaltungen. Die Stellung und Bedeutung der Jungen GSP wird mit der Wahl bei der Bundesversammlung in den Vorstand im Mai (12./13) in Berlin gestärkt. Insgesamt hat sich der Mitgliederbestand positiv, auch im Durchschnittsalter, entwickelt. Der Bundesversammlung vorausgehend wird am 11. Mai wieder der GSP-Sicherheitsdialog durchgeführt werden. Mit dem neu zusammengesetzten Kuratorium und den Kooperationspartnern ist für Anfang Juni in Liebenberg/Brandenburg ein Symposium im Hinblick auf die strategische Weiterentwicklung der GSP geplant.

Der Besuch des Industrieunternehmens OHB (Otto Hydraulik Bremen), das mit seinen rund 3.000 Mitarbeitern an mehreren



Die Bremer Stadtmusikanten am Rathaus, Bronzestatue von Gerhard Marcks; Anziehungspunkt für jeden Besucher der Stadt an der Weser

Standorten in Deutschland und im Ausland in den Geschäftsbereichen Raumfahrtssysteme, Air Space Systeme und OHB Digital tätig ist, öffnete den Blick in den Weltraum. Das Unternehmen war Hauptauftragnehmer für das Satellitennavigationssystem Galileo und auch das erste eigene satellitengestützte Aufklärungssystem der Streitkräfte SAR-Lupe kam von OHB.

Bei den Lagevorträgen der Landesbereichsleiter bzw. selbstständigen Sektionen und Junge GSP hatten diese die Gelegenheit, die Situation in ihren Bundesländern zu schildern. Momentan sind knapp 80 Sektionen in der sicherheitspolitischen Informations- und Bildungsarbeit der GSP tätig, die diese seit über 70 Jahren ehrenamtlich anbieten. Auf der Homepage www.gsp-sipo.de sind alle Veranstaltungen nach Sektionen angekündigt. ■

In eigener redaktioneller Verantwortung.



Der Präses der Handelskammer Bremen – IHK für Bremen und Bremerhaven, Eduard Dubbers-Albrecht, bei der Begrüßung des Vorstands, Matthias Fonger, Syndikus der IHK, und Jessica Nies, Vizepräsidentin der GSP

Der Krieg in der Ukraine – es geht um politische Dominanz in Europa

Der Rathaussaal in Bad Neuenahr-Ahrweiler war voll besetzt. Gastgeber Guido Orthen, Bürgermeister der Stadt, betonte beim Grußwort die traditionelle Verbindung zur GSP, auf die auch schon Josef Schmidhofer, Sektionsleiter, eingegangen war. „Deutsche Verteidigungspolitik in der Zeitenwende“, hatten die Organisatoren das sicherheitspolitische Thema überschrieben. Eingeladen hierzu waren Thomas Jäger, Professor für Internationale Politik und Außenpolitik der Universität zu Köln, Jörg Vollmer, General a.D. und Hans-Peter Bartels, GSP-Präsident. Die thematische Einführung und Moderation hatte Vizepräsident Kersten Lahl.

Das Wort des Jahres 2022 „Zeitenwende“, nimmt Lahl auf. Bundeskanzler Olaf Scholz hatte es drei Tage nach Beginn des Angriffskrieges Russlands gegen die Ukraine in der Regierungserklärung am 27. Februar verwendet. Zeitenwende greift aber viel weiter und bedeutet mehr, in der Geschichte hat es sie immer gegeben. Erinnerung sei nur an „9/11“. Mit Kriegsbeginn am Morgen des 24. Februar 2022 platzten Illusionen. Auch die Flutkatastrophe im Ahrtal ist Indiz für eine Zeitenwende einer anderen Naturdimension.

Kersten Lahl hat drei Absichten: Erstens eine ungeschönte realistische Lagebeurteilung der Gefährdung unserer Sicherheit, zweitens eine ehrliche Bestandsaufnahme unserer Strategien und Fähigkeiten und drittens welche Entscheidungen

sind erforderlich, um bedarfsgerecht aufgestellt zu sein. Sie führen somit zu den Fragen: Welche Bedeutung hat der Krieg in der Ukraine für uns in Deutschland/EU, wo steht die NATO/Bundeswehr und wo müssen wir zukünftig hin? Thomas Jäger setzt sich kritisch mit der Sicherheitspolitik der Bundesregierung der letzten Jahre auseinander. Für die Wehrhaftigkeit ist nichts unternommen worden. Es muss Sicherheit gegen Russland hergestellt und die Abschreckung hochgefahren werden. Der aktuelle Bericht der Wehrbeauftragten Eva Högl listet die Mängel und Schwächen der Streitkräfte auf, wie sie auch schon in den Jahresberichten ihres Vorgängers zu finden sind. Der Politikprofessor weist auch auf die „Überschüttung“ der Gesellschaft mit Fake News, u. a. dass sich Russland gegen die Erweiterung der NATO wehrt. Von der NATO geht keine Gefahr für Russland aus. Umgekehrt ist es der Fall, darum wollten die ehemaligen Ostblockstaaten Mitglied der Atlantischen Allianz werden, genauso wie es die Ukraine beabsichtigt.

Nach dem Crashkurs in Geopolitik äußert sich Jörg Vollmer zur militärischen Lage in der Ukraine. Das Land hat das Recht, sich zu verteidigen. Die Kriegführung Russlands, auch gegen die Zivilbevölkerung, verstößt gegen alle Regeln des Völker- und Kriegsrechts. „Wir müssen alles tun was notwendig ist, um die Ukraine wirtschaftlich, humanitär und militärisch so zu unterstützen, dass sie den ‚Kulminationspunkt‘ erreicht“. Dieser Begriff stammt von Carl von Clausewitz und bedeutet verkürzt, der Angreifer ist nicht mehr in der Lage diesen fortzusetzen.

Fotos: GSP/Wehnes



Thomas Jäger, Hans-Peter Bartels und Jörg Vollmer

ten. Die Entscheidung, wann Verhandlungen mit dem Aggressor aufzunehmen sind, kann nur die Ukraine selbst entscheiden. Letztlich geht es darum, dass die Ukraine als souveräner Staat bestehen bleibt. Die Frage von Lahl, was wäre passiert, wenn die Ukraine nicht unterstützt worden wäre, beantwortet Vollmer kurz und knapp: „Dann hätte die Ukraine nicht überlebt, dann wäre sie überrannt worden.“ Hans-Peter Bartels, der vor einigen Wochen in der Ukraine war, beschreibt die Stimmung der Bevölkerung als entschlossen, trotzig und tapfer. Die Menschen wollen, dass ihre Heimat frei bleibt und sich die Demokratie weiterentwickelt. Befürchtungen, dass der Westen sich an die Kriegssituation gewöhnt und womöglich die Stimmung für die Unterstützung nachlässt, waren aber auch zu spüren. Deutschland ist man dankbar für die militärische, humanitäre und wirtschaftliche Hilfe. Russland will die Ukraine vernichten, deren Territorium beherrschen, den osteuropäischen Raum NATO-frei machen und politische Dominanz über Europa erreichen. Putin hat Angst vor Demokratie und freien Gesellschaften. Im weiteren Verlauf der öffentlichen sicherheitspolitischen Informationsveranstaltung wies Thomas Jäger kritisch auf die fehlende deutsche Sicherheitsstrategie hin. „Es gibt keinen Ort wo darüber nachgedacht wird.“ Vollmer bemängelte, dass die abgegebenen Waffensysteme nicht ersetzt werden. Die Einsatzbereitschaft muss wieder hergestellt werden. Gerüstet sein für einen Krieg den wir nicht wollen, muss das Ziel deutscher Sicherheitspolitik sein. ■

In eigener redaktioneller Verantwortung.



V. l.: Guido Orthen, Bürgermeister der Stadt Bad Neuenahr-Ahrweiler, Kersten Lahl, Generalleutnant a.D./Präsident der Bundesakademie für Sicherheitspolitik (2008-2011)